

Strategie Stromnetze

Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation: swisscleantech

Inhalt

Szenariorahmen	2
Bedarfsermittlung	2
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	6
Bewilligung Projekte	6
Überprüfung Kosteneffizienz	8
Öffentlichkeitsarbeit	10
Geodaten	10

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Wir regen an, dass in einer geeigneten Art und Weise eine Legitimation des Szenariorahmens (z.B. Stakeholderprozesse) etabliert wird. Nur so ergeben sich verbindliche Rahmenbedingungen auch für die Netzbetreiber.

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Grundsätzlich richtig, jedoch ist es wichtig nicht die ganzheitliche Betrachtung aus den Augen zu verlieren. Wo ein Ausbau zu einer deutlichen, weitergehenden Optimierung durch Entlastung anderer Strukturen führen könnte, ist dies auch in Betracht zu ziehen.

Für die Netzebenen 5-7 ist eine Branchenempfehlung zu den Grundsätzen der Netzplanung, an der sich die Netzbetreiber zu orientieren haben, der Veröffentlichung der Grundsätze der Netzplanung durch jedes Unternehmen vorzuziehen.

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Im Sinne eines zukünftigen intelligenten Netzes ist es wichtig, nicht nur der Einspeise-, sondern auch den Ausspeisepunkt für die Zwischenspeicherung in Art. 9c StromVG zu definieren.

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Anstelle der Definition „Verteilnetze mit hoher Spannung“ ist eine Abstimmung der gesetzlichen Formulierung in allen Artikeln auf die üblichen und klar definierten Netzebenen-Bezeichnungen 1-7 vorzuziehen, um Unklarheiten zu vermeiden.

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Erstellung und Einreichung von Mehrjahrespläne an die ElCom ist auf die Netzebenen 1-3 zu beschränken. Für die Netzebenen 5-7 erachten wir das Einreichen eines 10 Jahresplan und die Überprüfung durch die ElCom als unverhältnismässig und inflexibel. Auf den unteren Netzebenen muss eine flexible Anpassung der Planung an die Entwicklung im Netzgebiet jederzeit möglich sein.

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nur für Netzebene 1-3 (siehe auch Kommentar 7).

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?

Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Eine gesetzliche Verankerung die Befreiung von der Erstellung der Mehrjahrespläne für die Netzebenen 5-7 ist wünschenswert. Art. 9b Abs. 1 kann wie folgt formuliert werden: „Die Netzbetreiber der Netzebenen 1-3 erstellen.... (siehe auch Kommentar 7 und 8).

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

„Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung“ ist durch „Anlagen der Netzebene 3“ zu ersetzen (siehe auch Kommentar 6). Zudem erachten wir es als sinnvoll, die Anlagen der Netzebenen 5-7 klar von der Definition des nationalen Interessens auszuschliessen.

Art 15d ist um einen Abschnitt zu ergänzen, dass Alternativen in Gebieten resp. zur Umgehung von Gebieten nach Artikel 5 NHG in jedem Fall geprüft werden müssen.

Möglicherweise würde sich die Festlegung eines spezifischen Mehrkostenfaktors anbieten.

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VP eA)

Art. 15e – 15 j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☐ notwendig ☐ nicht notwendig ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Zuständigkeit und Koordination durch das BFE bei strittigen oder kantonsübergreifenden Projekten erscheint sinnvoll. Da Kantone auch als regionale Interessensvertreter auftreten, ist es wichtig, diesen einen starken, übergeordneten Partner gegenüber zu stellen, wenn es darum geht, die nationalen Interessen durchzusetzen. Das Ziel der Beschleunigung der notwendigen Ausbauten sollte jedoch an erster Stelle stehen. Es ist darauf zu achten, dass die Effizienz der Prozesse erste Priorität hat und kein zusätzlicher administrativer Aufwand sowie zusätzliche, verlangsamennde Prozesse generiert werden.

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die vorgesehenen, möglichen Eingriffe des Übertragungsnetzbetreibers in die Netzstruktur des Verteilnetzbetreibers im Zuge von spannungsnetzübergreifenden Ersatzmassnahmen erachten wir als ziemlich problematische Massnahme. Ein solcher Eingriff sollte nur als letztmögliche Massnahme oder bei gegenseitigem Einverständnis in Betracht gezogen werden.

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt?

Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Neu zu erstellende, zu ersetzende oder auszubauende Leitungen der Netzebenen 5-7 sollten grundsätzlich als Erdkabel ausgeführt werden müssen, sofern dies technisch, wirtschaftlich und aus Sicht der Versorgungssicherheit möglich ist. Dies entspricht der gängigen Praxis der meisten Netzbetreiber und erhöht die Akzeptanz Stromleitungen. Dringend notwendigen Ausbauten können schneller und einfacher umgesetzt werden.

Bei Trassees mit Leitungen auf Netzebene 1 und Netzebene 3 soll jeweils eine Verkabelung für das gesamte Trasse ins Auge gefasst werden.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Mehrkostenfaktor für die Netzebenen 1-3 soll bei 4.0 festgesetzt werden. Dies erhöht den Anreiz, die Leitungen der Netzebene 3 als Erdkabel auszuführen. Damit würde eine Vielzahl von hängigen Plangenehmigungsverfahren beschleunigt. Die Bevölkerung ist unserer Ansicht nach eher bereit, höhere Netznutzungsgebühren der Netzebene 3 zu tragen, als neue Freileitungen zu akzeptieren.

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Durch die grundsätzliche Verkabelung auf Netzebene 5-7 und die Erhöhung des Mehrkostenfaktors auf 4.0 kann auf die Ausnahmeregelung weitgehend verzichtet werden.

Dadurch wird die Planungssicherheit für die Netzbetreiber erhöht und das Verfahren beschleunigt.

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?
(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

Den Mehrkosten von Verkabelungen oder anderen „teureren“ Lösungen sind grundsätzlich alle Kosten auf jeder Verfahrensstufe inklusive der Opportunitätskosten einer verspäteten Realisierung entgegen zu setzen.

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Eine detaillierte Auflistung von anrechenbaren Kosten kann in Zukunft zu Inflexibilität bei der Berücksichtigung von technologischen Fortschritten führen. Wir schlagen deshalb vor, die Aufzählung von Kosten wie in Art. 15 Abs. 2 und 3 vorgesehen auf dem Verordnungsweg zu regeln, um flexibel auf Zukunft reagieren zu können.

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Alle Kosten für intelligente Mess- und Steuersysteme sollten anrechenbar sein, solange der Grundsatz eines sicheren und leistungsfähigen Netzes erfüllt ist. Es ist jedoch darauf zu achten, dass nicht ein unnötig hoher Ausbaustandard angestrebt wird.

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Öffentlichkeit ist insbesondere über Netzentwicklungen von nationalem und überregionalem Interesse zu informieren. Art. 9f, Abs. 2 sollte daher wie folgt ergänzt werden: „Die Kantone informieren [...] der Netzentwicklung der Netzebenen 1 bis 3 in ihrem Kantonsgebiet [...]. Die Netzebenen 5-7 sind auf kantonaler Ebene von der Informationspflicht zu befreien.

Wir sind zudem der Meinung, dass Methoden zur Partizipation wie Mitwirkungs-, Anhörungs- und Konsultationsverfahren bereits möglichst früh angewendet werden sollten.

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Eine zentrale Verwaltung der GIS-Daten beim BFE ist auf die Netzebenen 1-3 zu beschränken. Für die Netzebenen 5-7 erscheint eine Auskunftspflicht (zusätzlich zur heute bestehenden Dokumentationspflicht) als ausreichend. Eine Gesamtsicht aller elektrischen Anlagen generiert unserer Meinung nach einen unverhältnismässigen Mehraufwand sowie Schnittstellen und Datenschutzprobleme.